

Initiative fordert Lärmschutzwand

SPD-Bürgergespräch Betroffene in Meitingen klagen über „unerträglichen Lärm“ durch die neue B-2-Umfahrung. Gemeinde soll Maßnahme bezahlen, weil das Bauamt nichts tut

Meitingen | mst | „Unerträglich“ sei die Lärmbelastung in Meitingen durch die neue B-2-Umfahrung. Das betonten Vertreter der Bürgerinitiative (BI) „Lärmgeplagte Bürger des Kernorts Meitingen“ bei einem Bürgergespräch mit Bundestagsabgeordnetem Heinz Paula, zu dem die SPD am Mittwochabend eingeladen hatte. „Bei Westwind kann man sich in der Erlinger Straße nicht mehr im Garten aufhalten“, beklagte BI-Mitglied Heinz Kraus.

Die B 2 sei ursprünglich weiter im Westen geplant gewesen und sei dann zugunsten der Landwirtschaft näher an den Ort gerückt worden. Leider habe man versäumt, die betroffenen Bürger vor dem Mehr an Lärm zu schützen, so BI-Mitglied Erich Schuster. Zwischen der Erlinger und der Langenreichener Brücke gebe es keinerlei Schallschutz, nur eine unzulässig höher gelegte B2, denn der genehmigte Bauplan sei dort nicht eingehalten worden. Dies sei zwar beim Straßenbauamt reklamiert worden, doch habe man

dort erklärt, dass der Lärm um drei Dezibel und damit um das Doppelte zunehmen müsse, damit nachträglich etwas getan werden könne.

Ein weiterer Kritikpunkt der Initiative ist die Lärmberechnung für die B2, der falsche Verkehrszahlen zugrunde gelegt worden seien, denn die Prognosezahl für 2015 sei bereits bei der Eröffnung übertroffen worden. Auch bei den Lkw laufe einiges schief. So werde für die Lastwagen bei der Lärmberechnung eine Geschwindigkeit von maximal 80 Stundenkilometern angesetzt. Die meisten Lastwagen führen jedoch schneller und machten damit auch mehr Lärm. „Hätte man gleich richtig gerechnet, wäre alles besser gelaufen.“

Halbierung des Lärms durch eine Schallschutzwand

Die Initiative fordert nun Nachbesserungen und bezieht sich auf ein Schallgutachten, das in einer Bürgerversammlung beantragt und von der Gemeinde in Auftrag gegeben

worden sei. In diesem Gutachten werde die Wirksamkeit einer Schallschutzwand berechnet. Der Gutachter komme zu dem Schluss: „Die erzielbare Pegelminderung kann in weiten Bereichen am westlichen Ortsrand von Meitingen als deutlich wahrnehmbar eingestuft werden.“ Östlich der Hauptstraße könnten sogar „mit zunehmendem Abstand zur Hauptstraße“ deutliche Effekte wie eine Halbierung des Lärms erzielt werden.

Die Initiative fordert deshalb den Markt Meitingen auf, eine Lärmschutzwand zu bauen, nachdem das Staatliche Bauamt dazu nicht bereit sei. Das Bauamt würde lediglich die Folgekosten von 400 000 Euro übernehmen, wenn die Gemeinde die Kosten der Schallschutzwand – etwa 800 000 Euro – trage, so die Informationen der Bürgerinitiative.

Auch Bundestagsabgeordneter Paula hält dies für das Beste, denn auf eine Nachbesserung könne man nicht hoffen, „das muss man offen sagen.“ Ebenso wenig auf den nach-

träglichen Einbau von Flüsterasphalt, denn dies sei viel zu teuer. Vielmehr solle man im „partnerschaftlichen Zusammenspiel zwischen Gemeinde und Bauamt versuchen, etwas zu erreichen“.

Bürgermeister Alfred Sartor, der ebenfalls zu dem Bürgergespräch erschienen war, sagte zu den Forderungen: Es sei sinnvoller, Schallschutz für Bahn und Straße zu kombinieren. Deshalb müsse geprüft werden, wo der Lärmschutz am besten errichtet werden sollte, um die größten Effekte zu erzielen.

SPD will Näheres über das Gutachten wissen

Die Meitinger SPD will das Thema Lärm jetzt erneut im Gemeinderat behandelt wissen und hat deshalb einen entsprechenden Antrag gestellt, wie SPD-Fraktionschef Werner Grimm bei dem Bürgergespräch sagte. Man wolle dabei auch Näheres zu dem Gutachten erfahren, das man bisher nur durch die Bürgerinitiative kenne.